

## **Lokale Bündnisse für Familien in Thüringen**

Protokoll des Strategietreffens der Lokalen Bündnisse für Familien in  
Thüringen mit Frau Ministerin Werner  
am 24. August 2017 in Erfurt

### **Fachkräftemangel – Zeit für starke Lokale Bündnisse für Familien in Thüringen**

#### **Inhalt**

Teilnehmende

Ausgangslage

Maßnahmen des Freistaates zur Fachkräftesicherung vor dem Hintergrund der Familienfreundlichkeit (Ministerin Werner)

Input 1 „Familienfreundlichkeit als Standortvorteil – Rolle der Lokalen Bündnisse“  
(Frau Dr. Haase-Lerch, IHK Erfurt, Abteilungsleiterin Standortpolitik)

Input 2 „Möglichkeiten und Chancen des Landesprogramms für das Solidarische Zusammenleben der Generationen“ (Frau Wesselow-Benkert, TMASGFF)

Ergebnisse der Diskussion mit Frau Ministerin Werner

Bericht aus der Koordinationsstelle (Frau Frommann)

Kooperation Lokale Bündnisse und Kommunalpolitik (Bürgermeister Matthias Strejc)

Ergebnisse aus dem Workshop: Kooperation Lokale Bündnisse, Wirtschaft und Kommunalpolitik (Leitung: : Frau Dr. Haase-Lerch, Bürgermeister Matthias Strejc )

- Erfolgsfaktoren für eine gelingende Bündnis-Arbeit
- Aufgaben für die Bündnisse
- Anregungen für die Koordinierungsstelle

#### **Anlagen:**

Präsentationen zu den Vorträgen

1. Familienfreundlichkeit als Standortvorteil – Rolle der Lokalen Bündnisse (Dr. Haase-Lerch)
2. Landesprogramm Solidarisches Zusammenleben der Generationen- LSZ (Frau Wesselow-Benkert)
3. Präsentation der Koordinationsstelle (Frau Stefanie Frommann)
4. Kooperation Lokale Bündnisse und Kommunalpolitik (BM Matthias Strejc)
5. Einladung zur Arbeitsmarktkonferenz am 8. November 2017 in Weimar

Protokoll: Dr. Helga Herzfeld

Freigegeben durch Frau Ministerin Werner am: 4.10.2017

**Teilnehmende:**

Name	Vorname	Institution
Beck	Petra	Aktionskreis Thüringer Familienorganisationen
Frommann	Stefanie	Jenaer Bündnis für Familie
Gösel	Evelin	Agentur für Arbeit Erfurt
Haase-Lerch	Cornelia	IHK Erfurt
Henschel	Claudia	Elternakademie/Stiftung FamilienSinn
Herzfeld	Dr. Helga	TMASGFF
Kleine	Jelena	Landesseniorenbeirat Thüringen
König	Kathleen	FZ Jena
Krüger	Christiane	Netzwerk Gesunde Arbeit Thüringen
Milde	Katrin	FFB Kita Kindervilla
Morhard	Annett	VWT Thüringen
Multhauf	Christine	Lokales Bündnis Erfurt, Elterngeld.net
Nissen-Roth	Claudia	Bürgermeisterin Stadt Kahla
Panse	Michael	Elternakademie/Stiftung FamilienSinn
Quentel	Ulrike	Gleichstellungsbeauftragte Stadt Eisenach
Röthig	Dr. Anne	Ziola GmbH
Schiller	Saskia	Nachhaltigkeitszentrum Thüringen
Schirneck	Viola	Lokales Bündnis Gera
Schulze	Frank	TMASGFF
Sieber	Silke	IHK Südthüringen
Sossna	Monika	DGB Thüringen
Strejc	Matthias	FFB Bürgermeister Bad Frankenhausen
Tell	Michael	Lokales Bündnis Erfurt, Elterngeld.net
Wagner	Monika	LRA Wartburgkreis, Gleichstellungsbeauftragte
Warnke	Marko	Handwerkskammer Erfurt
Weise-Watzek	Martina	Jugendamt, LRA Sömmerda
Wesselow-Benkert	Ines	TMASGFF
Wille	Sylvia	Gleichstellungsbeauftragte Stadt Apolda
Zaubitzer	Michaela	Bündnis für Stadt Kahla

Moderation am Vormittag: Herr Frank Schulze AL 2 i.V.

Moderation am Nachmittag: Frau Stefanie Frommann



## **Ausgangslage:**

Seit Jahren wird immer wieder thematisiert, dass die Lokalen Bündnisse für Familien zu wenig Wirtschaftspartner haben. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, sind Unternehmen in Thüringen zu wenig in Bündnisse eingebunden. Gerade angesichts des demografischen Wandels und des Fachkräftemangels ist es angebracht, die Bündnisstandorte und Bündnisstruktur in Thüringen zu stärken, auszubauen und mit Partnern aus der Wirtschaft zusammenzubringen. Eine wesentliche Herausforderung ist dabei auch die Kommunikationsstruktur zwischen Sozialpartnern und Wirtschaftspartnern. Der Mehrwert einer Zusammenarbeit von den verschiedenen potentiellen Partnern in den Bündnissen muss stärker herausgearbeitet werden.

Frau Ministerin Heike Werner:

## **Maßnahmen des Freistaates zur Fachkräftesicherung vor dem Hintergrund der Familienfreundlichkeit**



Frau Ministerin begrüßt die Anwesenden und dankt ihnen für ihr Engagement und den nicht immer einfachen Einsatz für die Lokalen Bündnisse für Familien in Thüringen. Der Einsatz für die Belange von Familien in den Kommunen benötige einen langen Atem.

Frau Ministerin führt aus, dass sie fortwährend für das Thema der Familienfreundlichkeit werbe. Bezogen auf die Arbeitswelt bedeute dies nicht nur die Vereinbarkeit zu steigern, sondern auch die Qualität der Arbeit. Dadurch könne die Arbeitszufriedenheit gesteigert und die Fluktuation gesenkt werden.

Der Fachkräftemangel stelle auch eine Chance für Thüringen dar. Thüringen habe mittlerweile die niedrigste Arbeitslosenquote der Neuen Bundesländer und die höchste Erwerbsquote bei Frauen. Gleichzeitig gebe es noch einen Nachholbedarf hinsichtlich der Qualität der Arbeit.

Thüringer Unternehmen würden fortwährend für das Thema „Familienfreundlichkeit“ sensibilisiert und erhalten Informations- und Beratungsangebote zur Umsetzung betrieblicher Unterstützungsangebote. Das TMASGFF unterstützt entsprechende Angebote in Verbindung mit dem Europäischen Sozialfonds. So bietet die Thüringer Servicestelle für Beruf und Familie (TSBF) der Thüringer Agentur der Fachkräfteentwicklung (ThAFF) landesweit Beratung und Unterstützung für Unternehmen und Beschäftigte an.

Schon seit längerem stellt die „Servicestelle Beruf und Familie“ interessierten Unternehmen den sogenannten „Betrieblichen Pflegekoffer“ – eine Mappe mit vielen Informationen rund um das Thema Pflege – kostenfrei zur Verfügung.

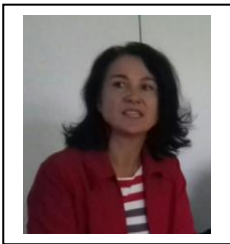
Seit Ende letzten Jahres steht dieses Angebot auch online zur Verfügung ([www.thaff-thueringen.de/pflegekoffer](http://www.thaff-thueringen.de/pflegekoffer)). Die Online-Plattform enthält für Unternehmen personalpolitische Informationen, zum Beispiel Wissenswertes zu gesetzlichen Regelungen oder Unterstützungsmöglichkeiten. Auch Beschäftigte finden dort Hinweise zum Thema sowie zu regionalen und überregionalen Beratungs- und Unterstützungsangeboten.

Zusätzlich werden in Zusammenarbeit mit der Thüringer Ehrenamtsstiftung Pfleglotsen ausgebildet.

Zur Verbesserung der Vereinbarkeit werde auch das Landesprogramm Solidarisches Zusammenleben der Generationen beitragen. Ausführliche Informationen sind dem Vortrag von Frau Wesselow-Benkert zu entnehmen. Frau Ministerin hebt den Anteil der Lokalen Bündnisse und ihrer Partner bei der Erstellung des Leitbildes Familienfreundliches Thüringen als einem Basiselement des LSZ hervor und dankt Ihnen für die Mitarbeit in den Arbeitsgruppen zur Erarbeitung des LSZ. Sie appelliert eindringlich an die Lokalen Bündnisse für Familien, sich weiterhin einzusetzen und sich vor Ort in die Sozialplanung zum LSZ einzubringen.

Frau Ministerin verweist darauf, dass das LSZ auch Teil der Aktionspläne zur Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie sei und ruft dazu auf, sich in den Beteiligungsprozess zur Fortschreibung der Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie mit einzubringen. Weitere Schwerpunkte des Sozialministeriums sind „Landesgesundheitskonferenz (LGK) und „Öffentlich geförderte Beschäftigung und gemeinwohlorientierte Arbeit“. Es wird ein Online-Beteiligungsverfahren zur Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie geben. Die Lokalen Bündnisse werden über die Koordinationsstelle informiert, wenn dieses startet. Informationen gibt es auch unter <https://www.nhz-th.de/kommunale-nachhaltigkeit/thueringer-nachhaltigkeitsforum-2017/>

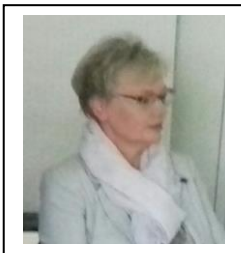
Frau Ministerin lädt die Bündnisse zur Arbeitsmarktkonferenz am 8. November 2017 in Weimar ein. Die Einladung ist dem Protokoll beigefügt. Anmeldungen sind unter [www.leg-thueringen.de/tmasgff](http://www.leg-thueringen.de/tmasgff) möglich.



Frau Dr. Haase-Lerch, IHK Erfurt, Abteilungsleiterin Standortpolitik:  
**„Familienfreundlichkeit als Standortvorteil – Rolle der Lokalen Bündnisse“**

Frau Dr. Haase-Lerch stellt die Erwartungen und Wünsche von Unternehmen an die Bündnisse dar.

Die Präsentation ist in Anhang 1 angefügt.



Frau Ines Wesselow-Benkert, TMASGFF Referatsleiterin Familien- und Seniorenpolitik:

**„Möglichkeiten und Chancen des Landesprogramms für das Solidarische Zusammenleben der Generationen (LSZ).“**

Mit dem LSZ sollen die Bedingungen für Familien thüringenweit verbessert werden. Der Vortrag gibt einen Überblick zu Konzeption und aktuellem Stand. Die Präsentation ist in Anhang 2 angefügt.

### **Ergebnisse der Diskussion mit Frau Ministerin Werner**

Die Diskussion nahm überwiegend Impulse aus dem Vortrag zum Landesprogramm Solidarisches Zusammenleben der Generationen wie Fragen zur Sozialplanung und Aushandlungsprozessen auf.

Aus dem Teilnehmerfeld (Fr. Schierneck) wird der Hinweis hervorgebracht, dass vor Ort eine realistische Analyse zur Umsetzung des LSZ zu erfolgen habe. Einige Verwaltungen hätten in der Vergangenheit eher einen unternehmerfreundlichen Blickwinkel gehabt, hier sei ein Perspektivwechsel notwendig. Auch die Frage, in welchen Strukturen die Diskussion vor Ort stattfindet, und an welches Vernetzungsgremium das LSZ angebunden ist, müsse geklärt werden. Ein weiterer wichtiger Punkt sei der Dynamisierungsgedanke in monetärer und ideeller Hinsicht. Wie flexibel kann das LSZ auf die perspektivischen Bedarfe reagieren?

Das Thema LSZ wird noch auf unterschiedlichem Niveau in den Kommunen behandelt, die Bedeutung der Sozialplanung variiert regional.

Frau Ministerin Werner und Herr Abteilungsleiter i.V. Schulz erklärten, dass die integrierte Sozialplanung ein wichtiger Baustein des LSZ sei, die Fachstandards werden gegenwärtig noch formuliert, alle Kommunen erhalten ab 2018 eine Finanzierung für eine Sozialplanungsstelle. Es wurde an die Stakeholder appelliert, einen Systemwechsel zu echter Netzwerkplanung zu vollziehen und sich in diesen Prozess aktiv einzubringen. Das Landesprogramm müsse als wachsendes dynamisches System verstanden werden. Bestehendes müsse be-

wahrt und weiterentwickelt werden, sowohl im städtischen wie im ländlichen Raum. Zugleich müsse der Focus besonders da liegen, wo bisher noch keine Strukturen bestehen. Dringend notwendig sei ein gelingender Start.

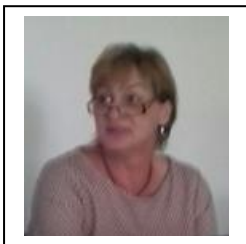
Die Netzwerkplanung muss jeweils vor Ort erarbeitet werden. Es wird keinen Pflichtkanon geben, jedoch wird gegenwärtig ein Strukturvorschlag aus den Ergebnissen der Unterarbeitsgruppen zu den Handlungsfeldern des LSZ erarbeitet. Top-Down-Vorgaben seitens der Landesregierung werden in diesem Abstimmungsprozess seitens der Philosophie des Landesprogramms nicht als zielführend angesehen. Die Regelung der finanziellen Zuweisungen aus dem LSZ an die Kommunen befindet sich noch in der Erarbeitung.

Aus dem Teilnehmerkreis (Frau Quentel) wird die Frage hervorgebracht, ob die neue Zeitschiene bei einer geplanten Gebietsreform, die nun perspektivisch nicht mehr zeitgleich mit dem LSZ stattfinden wird, problematisch sei. Es wird darauf hingewiesen, dass die Konzepte nicht nur für die Kreisstädte und die kreisfreien Städte sondern in allen Orten wirken müssen und es darauf ankomme, Bindekräfte der Orte innerhalb der Landkreise zu entwickeln. So stehen nach dem derzeitigen Status Quo 23 Ansprechpartner in den Kommunen zur Verfügung. Dieser großen Vielfalt heißt es gerecht zu werden. Frau Ministerin unterstreicht, dass der Beteiligungsprozess eine Herausforderung, aber letztlich einen Mehrwert für alle Beteiligten, darstelle. Das wissenschaftliche Begleitprogramm des IKPE für die Sozialplanung werde hier unterstützend wirken.

Frau Schiller vom Nachhaltigkeitszentrum Arnstadt verweist darauf, dass die Beteiligungsprozesse in der Praxis noch optimiert werden müssen und unterstreicht die positive Wirkung des hier verfolgten integrierten strategischen Ansatz echter Beteiligungsprozesse.

Als nachteilig wird seitens der Bündnisse das fehlende Engagement des für Wirtschaft zuständigen Ministeriums empfunden. Auch müsse es zu einer quantitativen und qualitativen Stärkung der Bündnisse kommen.

Frau Quentel betont, dass es notwendig sei, die Lokalen Bündnisse mit einer finanziellen Grundausstattung im LSZ zu versehen. Frau Dr. Haase-Lerch fügt hinzu, dass Ressourcen für eine Person für Schnittstellen (sog. „Kümmerer“) benötigt werden. Seitens Herrn AL i.V. Schulze wird hier auf die Gestaltungsmöglichkeiten der Sozialplanung verwiesen.



Frau Stefanie Frommann:

**Bericht aus der Koordinationsstelle**

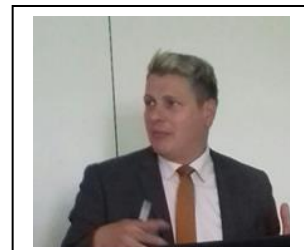
Der Bericht der Koordinationsstelle ist in Anhang 3 dargestellt.

Bürgermeister Matthias Strejc:

**Kooperation Lokale Bündnisse und Kommunalpolitik**

Herr Bürgermeister Strejc stellte am Beispiel der Stadt Bad Frankenhausen anschaulich dar, welchen Mehrwert Kommunen durch eine familienfreundliche Politik unter Einbezug der Interessenvertretungen und Stakeholder haben.

Die Präsentation ist in Anhang 4 beigefügt.



## **Ergebnisse des Workshops „Kooperation Lokale Bündnisse, Wirtschaft und Kommunalpolitik“**

Auf Beschluss der Anwesenden wurden die beiden Themen Politik und Wirtschaft gemeinsam mit den Workshopleitenden Frau Dr. Haase-Lerch und Herrn BM Strejč behandelt. Die Teilnehmenden hatten sowohl die Darstellungen von Frau Dr. Haase Lerch, die die wirtschaftsseitigen Einschätzungen der Vereinbarkeit und des Fachkräftemangels beleuchteten, als auch die der Kommunalpolitik durch Herrn BM Strejč positiv und mit großem Interesse aufgenommen.

Als **Erfolgsfaktoren für eine gelingende Bündnis-Arbeit** wurden herausgearbeitet.

- Chefsache
- Verantwortliche festlegen
- Bedarfsbeteiligung von Bündnispartnern
- Generationsübergreifende Arbeit, Familien und Senioren einbeziehen
- Konstante Ansprechpersonen und kontinuierliche Arbeit
- langer Atem, dicke Bretter zu bohren

Als **dringliche Aufgaben für die Bündnisse** wurden identifiziert:

- Finden einer gleichen Sprache bei unterschiedlichen Beteiligten (Verwaltung, Wirtschaft, Soziales)
- Strukturen und Rahmenbedingungen der Bündnisse identifizieren und ausbauen
- Ressourcen der Bündnispartner
- Notwendigkeit von „Kümmerern“ vor Ort
- Relevante Inhalte für einzelne Partner und Interessensgruppen identifizieren und Gruppen entsprechend einbinden, z.B. Ausschussmitglieder in AGs der Bündnisse
- Projektbezogene Arbeit
- Interne und externe Kommunikation
- Beteiligungsprozesse vor Ort gestalten
- In Landkreisen nicht nur die Kreisstädte, sondern auch die einzelnen Kommunen im Blick haben
- Generationswechsel in den Kommunen in und durch die Bündnisse gestalten
- Einbringen der Lokalen Bündnisse für Familien in die Kommunalen Spitzenverbände
- LSZ in den Bündnissen thematisieren und Beteiligung im Prozess sicherstellen

**Anregungen für die Koordinierungsstelle**

- Entwicklung einer Strategie für „Lobbyarbeit Bündnisse“
- Kommunale Spitzenverbände einladen
- Hinweise zur Finanzierung der familienrelevanten Arbeit durch Städte/Kommunen und Land
- Kontakt mit dem bündnisbezogenen jeweiligen Kammerbezirk der IHK aufnehmen
- Den Bündnissen die Ansprechpartner der jeweiligen IHK nennen und Kontakte herstellen
- Kammern mit AGs Familie und Beruf zusammenbringen
- Austausch der AGs Familie und Beruf koordinieren und ggfs. bilateral herstellen